

QUARTALSBERICHT

Projektland: PERU

Quartal/Jahr: I/2011

- 1. PERU VOR DEM ERSTEN WAHLGANG DER PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN**
- 2. DROGENHANDEL**

PERU VOR DEM ERSTEN WAHLGANG DER PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN

Am 10. April 2011 werden die Wähler in Peru den entscheidenden Gang zur Wahlurne antreten. Dieses Mal steht viel auf dem Spiel, denn die Umfragen platzieren den Linksnationalist Ollanta Humala seit 25. März 2011 an erster Stelle gefolgt von der Tochter des ehemaligen Präsidenten, Keiko Fujimori, mit der Partei „Fuerza 2011“. Führte Alejandro Toledo der Partei „Perú Posible“ in der Zeit vom 11. Januar bis 18. März 2011 die Wahlumfragen an, liegt der aussichtsreiche Kandidat Toledo mit 18,5 % (Stand 3. April 2011, „El Comercio“) nun nur noch knapp hinter Ollanta Humala (27, 2 %) und Keiko Fujimori (20,5 %). Dies bedeutet, dass – wie auch bei den Präsidentschaftswahlen in 2006 – es ziemlich wahrscheinlich ist, dass Humala einer der beiden Kandidaten für die Stichwahl im Juni 2011 wird. Der Ex-UN-Generalsekretär Pérez de Cuellar und der Schriftsteller Mario Vargas Llosa bekannten sich 2 Tage vor dem 1. Wahlgang in den peruanischen Medien dazu, am Wahlsonntag für Toledo zu wählen. Es handele sich bei der Wahl um die Zukunft Perus und somit der Demokratie. Dies dürfe nicht durch die Wahl für eine der beiden Personen, die derzeit die Umfragen anführen (sprich: Humala und Keiko Fujimori), aufs Spiel gesetzt werden. Falls einer der beiden Kandidaten gewinnen würde, hätte dies fatale Auswirkungen auf alle folgenden Generationen, da damit jahrelange Bemühungen des Aufbaus eines Rechtsstaats zunichte gemacht werden könnten.

Von den derzeitigen fünf Präsidentschaftskandidaten mit über 10 % (Keiko Fujimori, Alejandro Toledo, Luis Castañeda, Pedro Pablo Kuczynski und Humala) werden die Kandidaten mit Ausnahme von Humala das derzeitige Wirtschaftsmodell übernehmen und weiter forcieren. Der Kandidat Humala plädiert für eine stärkere Rolle des Staates und einer Abkehr des bisherigen liberalen Wirtschaftskurses. Wichtig ist u.a., wer von diesen Kandidaten die Werte des Rechtsstaates und der Demokratie respektiert. Besorgniserregend ist sicherlich die Aussage Humalas, dass er die Verfassung ändern möchte. Bei Nachfragen in Interviews, was genau darunter zu verstehen sei, wichen sowohl Humala als auch andere Parteimitglieder aus. Die Börse in Lima hat nach der Wahlumfrage, bei der Humala auf Platz 1 lag, schon einmal nervös reagiert: Für Investoren ist die Aussicht, dass die Unternehmer verstärkt zur Kasse gebeten werden und eventuell Verträge mit der Wirtschaft neu ausgehandelt werden, kein reizvolles Klima. Die Gefahr, dass ein Linksnationalist wie Humala nach der möglichen Wahl zum Präsidenten Perus einen Schwenk zu einer autoritären Regierung vollzieht, ist gegeben.

im Besonderen, da seine Verbindungen zu Hugo Chávez nicht zu verleugnen sind, obgleich Humala im Wahlkampf jegliche Verbindung zu Chávez leugnete. Humala ist von brasilianischen Wahlberatern (Luis Favre y Valdemar Garreta) beraten worden, die der Partei „Partido de los Trabajadores“ in Brasilien nahestehen. Der brasilianische Botschafter hat öffentlich erklärt, dass sich sein Land nicht in den peruanischen Wahlkampf einmische und dass die beiden Wahlberater Humala direkt beraten würden. Jedoch ist gut möglich, dass Humalas weniger radikal wirkender Diskurs nur eine Wahlstrategie ist, um an die Macht zu gelangen. Dass er wirklich von einem Staatsmodell „à la Chávez“ abgeschworen hat, ist Humalas Kommentaren zur Pressefreiheit nicht zu entnehmen. Vielmehr lassen seine Ansichten eher nachdenklich stimmen. Humala rühmte ausgerechnet das argentinische Mediengesetz, obwohl in Argentinien der Staat die Medien kontrolliert. Im Besonderen der Fakt, dass die argentinische Universität „Universidad de La Plata“ Hugo Chávez den Preis „Premio Rodolfo Walsh“ als Anerkennung für seine Verdienste im Medienbereich für das Volk verliehen hat, grenzt ans Grotteske. Wie bekannt hat Chávez 34 Sender und zwei Fernsehkanäle in Venezuela geschlossen, da sich diese nicht zu einem „Medienparteiorgan“ von Chávez umfunktionieren lassen wollten. Auch Chávez hat sein Volk vor den Wahlen in einem Interview im Jahr 1998 vorgespielt, er werde auf keinen Fall länger als fünf Jahre im Amt bleiben, die Pressefreiheit hüten und die Privatwirtschaft fördern, so dass keinesfalls Firmen verstaatlicht werden. Wie bekannt ist von allen damaligen Aussagen das Gegenteil eingetreten.

Auch ein möglicher Gewinn der Wahl für Keiko Fujimori ist sicherlich kein Garant für den Erhalt des Rechtsstaates, denn Keiko Fujimori hatte in ihrem Wahlkampf keine einzige kritische Aussage über das Regime ihres Vaters verlautbaren lassen, weder was die Menschenrechtsverletzungen noch die Korruption während des Regimes ihres Vaters angeht. Ein Neuanfang wurde in der Partei „Fuerza 2011“ nicht sichtbar, da Keiko Fujimori mit vielen „Gefolgsleuten“ ihres Vaters zusammenarbeitet. Dies hat auch den Fujimorist und derzeitigen Präsident der Justizkommission, Dr. Rolando Sousa, dazu bewogen, der Partei „Fuerza 2011“ Mitte Januar 2011 den Rücken zu kehren. Nach Pressemeldungen hatte Dr. Sousa vergeblich Keiko Fujimori versucht dazu zu bewegen, sich von vielen personellen Altlasten zu befreien, damit ein Neuanfang der Partei „Fuerza 2011“ glaubhaft wirkt. Ferner wird vermutet, dass ihm seine Platzierung auf der Kandidatenliste in unmittelbarer Nähe des Sportkommentators „Gian Carlo Vachelli“ wenig seriös erschien. Nicht von der Hand zu weisen ist auch, dass das Gefängnis, in dem Fujimori inhaftiert ist, seit Monaten als Zentrum der Wahlvorbereitungen genutzt wird. Bereits im Rahmen des Wahlkampfes für die Kommunal- und Regionalwahlen im Jahr 2010 wurden die Kandidaten der Parteiliste „Fuerza 2011“ von Keikos Vater im Rahmen einer letzten „Gesichtskontrolle“ begutachtet. Im Quartalsbericht April bis Juni 2010 wurde bereits berichtet, dass der Justizminister damals eine Besuchsbeschränkung für Fujimori verhängt hatte (Reduzierung auf 15 Besucher pro Tag). Ein Unternehmer und Ex-Kandidat von Fuerza 2011 berichtet, dass er Fujimori im Gefängnis Bargeld übergeben habe, um Chancen für die Kandidatur der Präsidentschaft im Juni im Rahmen der Regionalwahlen 2010 zu erhalten. Er gibt an, 10.000 USD an Fujimori übergeben zu haben, um an den Kommunal- und Regionalwahlen 2010 teilnehmen zu können. Das Geld wäre angenommen worden, jedoch wäre ihm später mitgeteilt worden, dass er doch nicht berücksichtigt werden könne, weil er nicht den Evaluierungskriterien der Partei entsprochen habe. Welche Kriterien für die Aufnahme als Kandidaten in der Partei „Fuerza 2011“ herangezogen werden, ist mehr als fragwürdig: Die 40jährige Krankenschwester Gina Pacheco besucht regelmäßig mit einem Arzt Fujimori im Gefängnis, um den Gesundheitszustand zu überwachen. Ausgerechnet die attraktive Krankenschwester wurde mit dem Listenplatz 33 von Fuerza 2011 beglückt, obwohl sich Keiko und ihre Schwester Sachi Fujimori dagegen ausgesprochen hatten. Die Krankenschwester betonte vorher noch, dass sie bisher noch nie in der Politik tätig gewesen und eigentlich immer politisch desinteressiert gewesen sei. Generell

ist die Kandidatenliste der Fuerza 2011 ein reines Trojanisches Pferd, das noch weitere dubiose Kandidaten enthält wie z.B. den Anwalt Sergio Tapia Tapia, der Militärs in den 80er Jahren aufgrund von Menschenrechtsverletzungen verteidigte. Da Tapia Kontakte zu Nazis pflegt, wurde er Anfang Februar 2011 von der Kandidatenliste entfernt. Auch der bekannte Sänger Pepe Vásquez wurde von der Kandidatenliste verwiesen, da er nicht frühzeitig seine Parteizugehörigkeit zu der Partei Acción Popular (AP) kündigte. Ferner wird ihm eine Verbindung zu einem Drogenkartell nachgesagt – derzeit läuft eine Untersuchung durch die peruanische Antidrogeneinheit (Dirección Antidrogas, Dirandro). Die Partei Fuerza 2011 gibt an, 2,1 Millionen Soles durch die Ausrichtung von Tombolas und Cocktails eingenommen zu haben. Jedoch ist in dem Artikel 30 des Parteiengesetzes verankert, dass pro Jahr durch solche Aktivitäten höchstens 108.000 Soles eingenommen werden dürfen. Diese Zahl wird von der Partei Fuerza 2011 im Jahr 2010 und 2011 überschritten. Mittlerweile ist auch erwiesen, dass das Studium von Keiko Fujimori in den USA von den peruanischen Steuerzahlern finanziert wurde. Auch Spenden von wohlhabenden Japanern für wohltätige Projekte in Peru landeten nach neuesten Presseberichten auf dem Konto von Alberto Fujimori.

Das Wahlprogramm von Pedro Pablo Kuczynski (PPK) beinhaltet im Rahmen der „Guten Regierungsführung“ die Verbesserung und Verschlinkung der öffentlichen Verwaltung. Höhere Beamte müssten vorab eine Prüfung ablegen und würden besser entlohnt werden. Ferner strebt er die Dezentralisierung des Wirtschaftsministeriums an, so dass die Regionen und Gemeinden in der Vorbereitung und Supervision von Projekten unterstützt werden könnten. Ferner schlägt er einen Antikorruptionsplan vor, der harte Strafen für diejenigen vorsieht, die Bestechungsgelder zahlen oder empfangen. Im Rahmen seiner Funktion als Wirtschaftsminister unter der damaligen Regierung von Toledo hat er bereits bewiesen, dass er in der Lage dazu ist, die Wirtschaft zu ordnen. In einer zukünftigen Regierung müsste er die soziale Inklusion berücksichtigen. Hierfür schlägt er vor, dass die Arbeit mit Sozialabgaben stärker forciert wird (Perus Wirtschaft wird nach wie vor stark von dem informellen Sektor bestimmt). Außer der Schaffung von 2 Millionen Arbeitsplätzen will er die Löhne für Lehrer, Polizisten, Militärs und Beschäftigte des Gesundheitssektors erhöhen. Außerdem will er noch den öffentlichen Bildungssektor verbessern sowie in die Infrastruktur investieren. Die Bürgersicherheit soll verbessert werden, indem eine bessere Koordination zwischen der Polizei und den Gemeinden erfolgt. Den höchsten Zustimmungswert erhält PPK bei der Ober- und Mittelschicht von Lima, so dass er damit um die gleiche Wählerschicht wie Luis Castañeda der Partei „Solidaridad Nacional“ buhlt. PPK kam in der letzten Umfrage auf 18,1 % und Luis Castañeda auf 12,8 %.

Die APRA schickte keinen Kandidaten aus der eigenen Kaderschmiede ins Rennen, sondern die parteilose Mercedes Aráoz. Unter der derzeitigen APRA-Regierung war sie Wirtschafts- und Finanzministerin und Ministerin für Außenhandel. Aráoz ist von ihrer Präsidentschaftskandidatur zurückgetreten, da die APRA sich weigerte, Personen, die der Korruption verdächtigt werden, von der Kandidatenliste zu streichen. Aráoz hatte jedoch an ihrer Meinung festgehalten, dass sie nicht akzeptiere, dass in der offiziellen Liste der APRA Kandidaten erscheinen, die mit Korruptionsskandalen in Zusammenhang gebracht werden. Wie bekannt hatte die APRA Jorge del Castillo mit der Nr. 1 auf der Parteiliste versehen: Er steht unter dem Verdacht, Teil eines Korruptionsnetzwerks um Öl- und Gaskonzessionen zu sein – der als „Petroaudios“ bekannte Fall. Dies löste im Oktober 2008 eine innenpolitische Krise aus, so dass der damalige Ministerpräsident Jorge del Castillo und das gesamte Kabinett nach Korruptionsvorwürfen zurückgetreten sind. Vermutlich war der Präsidentschaftskandidatin dies aber auch ein willkommener Anlass, da ihre Umfragewerte in den letzten Wochen nicht gestiegen sind. Die wenigen Chancen Präsidentin zu werden, hat sie dann dazu bewogen unter dem Vorwand, dass weiterhin Personen auf der APRA-Liste sind, die mit der Korruption in Verbindung gebracht werden, zu gehen.

DROGENHANDEL

Die Ausbreitung des Drogenhandels in der Region Loreto im Nordosten Perus (Loreto grenzt an Ecuador, Kolumbien und Brasilien) nimmt bedrohliche Ausmaße an. Peru ist bereits die Nr. 1 der Kokaproduktion in Südamerika. Experten warnen, dass die nächste Regierung unbedingt den Drogenhandel professionell bekämpfen muss, um die weitere Ausweitung des Drogenhandels zu verhindern. Fabián Novak, Wissenschaftler des Instituts der Internationalen Studien der Katholischen Universität (Instituto de Estudios Internacionales, IDEI, de la Universidad Católica) fordert, dass die nächste Regierung den Haushalt für die Drogenbekämpfung aufstockt. Erstaunlicherweise ist in keinem Wahlprogramm der aktuellen Präsidentschaftskandidaten ein ernstzunehmender Entwurf zur Drogenbekämpfung zu registrieren.

Bettina von Dungen

Die Autorin ist Auslandsmitarbeiterin der Hanns-Seidel-Stiftung in Lima, Peru.

IMPRESSUM

Erstellt: 08.04.2011

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D.,
Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer,

Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: iiz@hss.de, www.hss.de